

AG Bundesratsgeschäfte
Taskforce BAG Covid-19

20. August 2021

**Stellungnahme: Änderungen der Epidemien Verordnung: Covid-19-Impfung für
Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer sowie Grenzgängerinnen und Grenzgänger**

Grenzgängerinnen und Grenzgänger: Sind die Kantone mit der vorgeschlagenen Änderung der EpV zur Kostenübernahme der Covid-19-Impfungen bei Grenzgängerinnen und Grenzgänger (ohne OKP) grundsätzlich einverstanden?

Ja. Es ist aus Sicht der Wirtschaft richtig, dass die Schweiz es Grenzgängern ermöglicht, sich kostenlos in der Schweiz impfen zu lassen, auch wenn sie nicht in der Schweiz krankensichert sind. Im Gegensatz zu den Auslandsschweizern bezahlen diese in der Schweiz zumindest die Einkommenssteuer. Von den weit über 300'000 werden sich sowieso schon viele in ihren Heimatländern haben impfen lassen, so dass die finanzielle Zusatzaufwendung überschaubar sein wird. Der Bund rechnet mit (wohl eher zu hohen) 50'000 bis 100'000 Impfungen. Die Schweiz hat demgegenüber aber ein grosses Interesse daran, dass auch diese Personengruppe möglichst vollständig geimpft wird.

– Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer Befürworten die Kantone betreffend Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer sowie deren engen Familienghörige die Variante 1 (Kostenübernahme Bund) oder die Variante 2 (Selbstzahlersystem)?

Die Wirtschaft befürwortet klar das Selbstzahlersystem. Bei den Auslandsschweizern hat die Schweiz im Vergleich zu den Grenzgängern ein kleineres Interesse an einer Impfung. Da aber genügend Impfstoff bereitsteht, sollten auch Auslandsschweizer ohne OKP geimpft werden können. Aus der Sicht der Wirtschaft dürfen diese Kosten aber nicht dem Schweizer Steuerzahler belastet werden. Auslandsschweizer sollten die Impfkosten übernehmen müssen.

– Sind die Kantone mit der in der Weisung (je nach Variante) vorgesehenen Umsetzung einverstanden?

Die Umsetzung via speziell bezeichnete Impfstellen generiert Zusatzaufwendungen für die Kantone. Diese Zusatzaufwendungen sind von den Auslandschweizern zu entschädigen. NR Laurent Wehrli (FdP) schlägt vor, dass in den Botschaften Mini-Impfzentren eingerichtet werden. Allerdings stehen dieser Idee juristische und logistische Schwierigkeiten im Weg. Sollte es aber möglich sein, dies zu organisieren, gälte aus Sicht der Wirtschaft: Die gesamten Kosten (inklusive für das medizinische Personal vor Ort) sind von den Auslandschweizern zu übernehmen.